



Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

KURZ-KNAPP-KAUFMANN

DER WOCHENRÜCKBLICK

(KW 45/22)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 45 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Michael Kaufmann
Ihr Michael Kaufmann

PRESSEMITTEILUNGEN



11. November 22

Regierungskoalition verweigert sich den wirtschaftlichen Chancen der Kernenergieforschung

Regierungskoalition verweigert sich den wirtschaftlichen Chancen der Kernenergieforschung

Berlin, 10. November 2022. Die AfD-Bundestagsfraktion hat einen Antrag zur Reaktivierung und Förderung der Forschung an der friedlichen Nutzung der Kernenergie in den Bundestagsausschuss für Bildung und Forschung eingebracht. Dieser wurde im Ausschuss mit den Stimmen der Regierungsfractionen abgelehnt.

Der forschungspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Mi-

chael Kaufmann, teilt dazu mit:

„Die deutsche Wirtschaft muss die Chancen des Kernkraftbooms nutzen. Die von der EU als nachhaltig eingestufte Kernkraft erlebt weltweit einen Aufschwung. Die Kernkraftwerke, die in unseren Nachbarländern, zum Beispiel in Polen, in den Niederlanden und in Frankreich, geplant und gebaut werden, sichern auch die Stromversorgung in Deutschland. Die deutsche Wirtschaft, die im Kraftwerksbau immer noch stark ist, soll von diesen Investitionen profitieren. In unseren Forschungsinstituten entstehen die Ideen, die unserer Wirtschaft einen Platz an der Weltspitze sichern. Deutsche Wissenschaftler müssen vollumfänglich die Möglichkeit haben, Spitzenforschung im Bereich der Kerntechnologie zu betreiben. Genau das fordern wir mit unserem Antrag ‚Energieversorgung sichern und wirtschaftliches Potenzial nutzen – Forschung an der friedlichen Nutzung der Kernenergie wieder aufnehmen und umfassend fördern‘. Die ideologisch motivierte Ablehnung der Ampelkoalition schadet dem Wirtschaftsstandort Deutschland.“





11. November 22

Forschungspolitik nicht einseitig auf erneuerbare Energien ausrichten

Zum Antrag der CDU/CSU-Fraktion „Technologieagenda Neue Energien“ (BT-Drucksache 20/4315), teilt der forschungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Michael Kaufmann, mit:

„Als AfD-Fraktion stimmen wir der Union zu, dass es der Bundesregierung an einer klaren forschungspolitischen Strategie im Energiebereich fehlt. Inhaltlich erwies sich dieser Antrag jedoch zu unserem Erstaunen als eine Anbiederung an energiepolitische Vorstellungen der Regierungskoalition, insbesondere der Grünen. Denn in diese Agenda soll, nach Vorstellung der Union, offenbar nur

die Forschung an so genannten erneuerbaren Energien einfließen. Andere Aspekte der Energiegewinnung, wie die weitere Optimierung konventioneller Kraftwerke unter Umweltgesichtspunkten und die Entwicklung neuer, sicherer Kernreakortypen wurden völlig außen vor gelassen. Stattdessen lesen wir Vorschläge, die Deutschland erneut in eine gefährliche Abhängigkeit von unsicheren Partner führen würde. Wir fragen uns, ob die CDU sich mit diesem Antrag womöglich schon als möglicher Koalitionspartner für die Grünen in Stellung bringen will.

Die AfD-Bundestagsfraktion wird sich auch in Zukunft für eine ideologiefreie Prüfung und Nutzung aller bestehenden energiepolitischen Optionen stark machen.“

DIE WOCHE IM BUNDESTAG



BUNDESPRESSEFAHRT

Am Montag, den 7. November, ging es bei strahlend blauem Himmel einmal mehr mit einem voll besetzten Bus zu einer Bundespressefahrt nach Berlin. Meine Gäste aus dem Wahlkreis 195 erwartete dort ein spannendes Programm.





08.11.22

Bundestag live:

Dienstag 15:00 Uhr.

Nach den obligatorischen Vorbereitungssitzungen gestern und heute ist die Sitzungswoche durch des Pressestatement der Fraktionsspitze zu den aktuellen Themen eingeleitet.

(siehe Medien und Kanäle der AfD-Fraktion)



09.11.22

Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Wissenschaftliche Beratung der Politik“ mit den Experten Thomas May, Generalsekretär des Wissenschaftsrats und Prof. Dr. h. c. mult. Otmar D. Wiestler, Präsident der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentrum e. V. Die Berichterstatter Dr. Marc Jongen und Prof. Dr. Michael Kaufmann stellen entscheidende Fragen.



09.11.22

Der Verein Nuklearia e.V. wirbt heute vor dem Bundestag für die Petition »Stuttgarter Erklärung«, die den Ausstieg aus dem Atomausstieg fordert.

Diese Petition wird heute im Petitionsausschuss beraten.

MEINE REDEN IN DIESER WOCHE



11. November 22

Energie sichern! Wirtschaftliche Chancen der Kernenergie nutzen!

In meiner ersten Rede heute habe ich einen Antrag verteidigt, den ich selbst

zusammen mit der AfD-Fraktion in das Parlament eingebracht hatte. Wir fordern darin, die Forschung an der friedlichen Nutzung der Kernenergie in Deutschland wieder zu fördern, damit der deutschen Industrie - die auf diesem Gebiet einmal führend war - die

damit verbundenen wirtschaftlichen Chancen nicht verloren gehen. Immerhin befinden sich derzeit rund 150 Kernkraftwerke weltweit im Bau oder in der Planung, viele weitere auch in unseren Nachbarländern sind bereits angekündigt worden.

Leider scheinen die anderen Fraktionen diesen einfachen Gedanken nicht einmal verstanden zu haben, da sie im zuständigen Ausschuss über alles Mögliche diskutierten, nur nicht über diesen zentralen Aspekt unseres Antrags.

Dennoch bleibt es eine Tatsache: Wer die Forschung an der friedlichen Nutzung der Kernenergie nicht will und nicht fördert, schadet dem Wirtschaftsstandort Deutschland und betreibt stattdessen indirekte Wirtschaftsförderung für die USA, Russland und China.“

Das Video zur Rede finden Sie hier: <https://www.facebook.com/watch/?v=879291026415628>



11. November 22

Forschungspolitik nicht einseitig auf erneuerbare Energien ausrichten!

Heute hatte ich gleich zweimal Gelegenheit im Bundestag zu sprechen. Hier ging es um einen Antrag der CDU/CSU eine so genannte „Technologieagenda Neue Energien“ zu entwickeln, Untertitel „Rolle der Wissenschaft in der Bundesregierung stärken“.

Was zunächst einmal gut klingt, entpuppte sich bei der Lektüre des Antrags als ein Kniefall der Union vor der links-grünen Energie-

Agenda. Dementsprechend fiel dann auch meine Kritik an dem Antrag aus.“

Das Video zur Rede finden Sie hier: <https://www.facebook.com/watch/?v=1573714246410627>

HELMHOLTZ-GEMEINSCHAFT & KERNENERGIE



12. November 22

Service für Dr. Holger Becker (SPD)

Dass links-grüne Ideologie sich nach und nach aus der Realität verabschiedet, ist ja bekannt. Selten wurde das aber so deutlich, wie am Freitag im Deutschen Bundestag, als der Kollege Dr. Holger Becker (SPD), ernsthaft behauptete, dass es in der Helmholtz-Gemeinschaft niemanden gäbe, der „dem Thema Kernenergie auch nur ein My Zukunftspotenzial zuordnet“.

Stimmt das wirklich? Hören Sie selbst.

Dass der Kollege Becker, seines Zeichens selbst Physiker, immer

mehr in seiner links-grünen Filterblase versinkt, war mir schon länger aufgefallen. Dass er aber bereits derart den Bezug zur wissenschaftlichen Realität verloren hat, überraschte dann sogar mich.

Sehen Sie mein Video hier: <https://www.facebook.com/watch/?v=493864089461846>



Mittwoch

Erste Lesung des Wohngeld-Plus-Gesetzes (20/4230) und der Änderung des Atomgesetzes (20/4217)

- Die Plenar-Woche eröffnete absolut außergewöhnlich nicht mit der Befragung der Bundesregierung und der Fragestunde, sondern mit obigen Lesungen, um die Gesetze noch in dieser Woche verabschieden zu können.
- „Wohngeld-Plus“: Direkte Überweisung an den Bauausschuss ohne Debatte
- Der zweite Antrag der Bundesregierung wurde nach Debatte an den Umweltausschuss überweisen.
- Die Bundesregierung will die verbleibenden 3 AKW bis Ende März 2023 befristet weiterlaufen lassen und ab diesem Termin auf die zusätzlichen 4 GW Energie verzichten, obwohl bei Weiterbetrieb ca. 4 % weniger Stromkosten für den Verbraucher anfallen würden.

Befragung der Bundesregierung mit Umweltministerin Steffi Lemke

- Dr. Rainer Kraft, AfD: Das BMUV hatte als Prüfvermerk auf dem Gutachten der Reaktorsicherheitskommission gem. neuerem Artikel in der WELT angegeben: Eine Verlängerung der Laufzeiten der 3 AKW ist unter Risiko-Nutzen-Abwägung nicht vertretbar, wobei nachträglich zwei Personen der Kommission hierzu sagten, sie wären von den Ministerien Wirtschaft und Umwelt gar nicht konsultiert worden. Der getätigte Prüfvermerk widerspricht darüber hinaus dem aktuellen Gesetzesantrag der Ampel-Koalition.

Anschließende Fragestunde, angeführt vom Bundesministerium des Inneren mit Staatssekretär Johann Saathoff

- Stephan Brandner, AfD sprach unterschiedliche veröffentlichte Zahlen bzgl. illegaler Zugereister an, die zwischen 57.000 und weit über 100.000 schwanken.
- Die Antworten des Staatssekretärs ließen keinen Zusammenhang zur Frage erkennen, oder griffen im Zweifelsfall auf Moral- und Emotionspolitik zurück. Zitat: „Sie reden von illegaler Migration, ich würde von unerlaubter Einwanderung sprechen.“ Oder: „Mein Menschenbild ist ein ganz anderes. Ich habe ein solidarisches Menschenbild, das auch von Nächstenliebe geprägt ist. Menschen sind mit Würde zu behandeln; auch an der Grenze sind Menschen mit Würde zu behandeln“.
- Außerdem war der Tenor: wir brauchen Zuwanderung als Wirtschaftsfaktor, da uns 200.000 Arbeitskräfte fehlen.
- Auch Prof. Michael Kaufmann, AfD wollte wissen, wie die Aussage der Innenministerin, die Staaten der EU seien „in der Verantwortung, illegale Einreisen zu stoppen“ vereinbar wäre mit dem zu verabschiedenden „Chancen-Aufenthaltsgesetz“, das aus „Illegalen“ „Legale“ macht. Saathoff antwortete, dass die Menschen sich lange genug bemüht hätten, und daher jetzt eine Chance haben, sich zu integrieren.
- Prof. Michael Kaufmann wies schließlich auf die aktuelle Situation der Kommunen hin, die quasi demnächst zur Enteignung von leerstehendem Wohnraum greifen müssten. Saathoff verwies am Ende seiner Ausführungen erneut auf den „Fachkräftemangel, den es zu beheben gilt.“

Debatte: Bekämpfung des Antisemitismus anlässlich des 9. November, Reichskristallnacht im Jahre 1938.

- Während alle Redner das Thema des importierten Antisemitismus durch Islamismus umschifften, nannten Beatrix von Storch und Mark Jongen (AfD), Ross und Reiter.
- Frau von Storch: „Das einzige sichere europäische Land seit Merkels Grenzöffnung in 2015 in der EU ist Ungarn. Es gibt eine Erhebung der EU 2018 mit einer Befragung von 16.000 Juden. Die Angst vor Gewalt ist in Ungarn auf unter 30% halbiert worden, in Deutschland dagegen im gleichen Zeitraum auf 60% angestiegen.“
- Dr. Marc Jongen: „Diese Regierung fördert die Einwanderung aus einem Kulturkreis, in dem nachweislich weltweit der größte Judentumhass grassiert, weltweit.“

Koalitionsantrag 20/4329 „Protestbewegung im Iran unterstützen, Druck auf das Regime in Teheran erhöhen“

- Der Antrag wurde nach der Debatte bei Stimmenthaltung von AfD und Linken angenommen, dieser sieht unter anderem eine Verschärfung der Sanktionen gegen den Iran vor.
- Außenministerin Annalena Baerbock: „Es ist wichtig, dass dieses Regime niemals zu einem nuklearen Waffenarsenal kommt... wir stehen an der Seite der starken Männer und Frauen des Iran“
- Jürgen Braun, AfD zur Ministerin: „Es ist beschämend, was Sie hier in den letzten Minuten abgeliefert haben. [...] Jene Parteien, die sich niemals kritisch zum Kopftuch geäußert haben, unterstützen jetzt die Proteste im Iran- und zwar ausgerechnet die Proteste, die sich am Kopftuchzwang entzündet haben. Dieses Regime wurde von Anfang an von den Linken hofiert und gestützt.“

AfD-Antrag (20/4305)

- Der Mittwoch schloss mit einem AfD-Antrag (20/4305) „Der Mittelstand ist systemrelevant – Regierungspolitik angesichts aktueller Krisen pragmatisch gestalten und die wirklichen Probleme angehen“.
- Er fordert unter anderem eine Umorientierung im Mittelstand weg von einer Klientelpolitik für Großunternehmen, und die Aufhebung aller Corona-Auflagen sowie angemessene Entschädigungen für deren Geschädigte und Impf-Leidtragende.
- Der Antrag wurde an den Wirtschaftsausschuss überwiesen.

Donnerstag

Zweite und dritte Lesung des Gesetzesantrags zur Einführung eines Bürgergeldes (20/3873 und 20/4226)

- Es gab hierzu insgesamt 3 namentlichen Abstimmungen.
- Der Antrag der Linken, die Regelsätze spürbar zu erhöhen, wurde gleichlautend zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales von allen, außer der Linken abgelehnt.
- Nachbesserungen am Gesetz, wie z.B. Erstattung von Heizkosten nicht in tatsächlicher sondern angemessener Höhe, Selbstauskunft, statt einfache Erklärung über das Vermögen, Lockerung der Hinzuverdienstgrenzen für Schüler und Studenten, wurden angenommen.
- In der Schlussabstimmung stimmten schließlich CDU und AfD trotz sinnvoller Änderungen dagegen, was nun hinsichtlich des CDU-Votums die endgültige Verabschiedung im Bundesrat unmöglich machen könnte.
- Zitat Gerrit Huy, AfD: „Hartz IV (und damit auch das darauf folgende Bürgergeld) ist inzwischen überwiegend zu einem Migrationsproblem geworden, denn über die Hälfte von ihnen sind Flüchtlinge, ein großer Teil hat Migrationshintergrund. Zwei Drittel von ihnen haben keinen Berufsabschluss, viele haben nicht einmal einen Schulabschluss, hinzu kommen Sprachprobleme. Wie Norbert Kleinwächter schon in der letzten Sitzungswoche erklärt hatte, stimmt die AfD für die Erhöhung der Regelsätze, nicht jedoch für einen Leistungsbezug, der einem bedingungslosen Grundeinkommen gleichkommt.“

CDU-Antrag 20/4310: Straßenblockierer und Museumsrandalierer härter bestrafen.

- Thomas Seitz, AfD: Die „grüne RAF“ sei „mitten in der Entstehung“ und man müsse eigentlich über einen Verbrechenstatbestand nachdenken.
- Der Antrag wurde nach Debatte an den Rechtsausschuss überwiesen.

Zweiter und dritter Beratung „Inflationsausgleichsgesetz“ 20/3496,

- Der Bundestag stimmte in namentlicher Abstimmung für das Gesetz, welches u.a. vorsieht, den Grundfreibetrag ab Jan. 23 etwas anzuheben, das Kindergeld für die ersten beiden Kinder um 18 € zu erhöhen, den Einkommensteuertarif anzupassen.
- Die AfD enthielt sich aus mehreren Gründen: Zunächst wurde Ihr Antrag 20/698 abgelehnt, der unter anderem einen Steuertarif auf Rädern forderte, um die kalte Progression endgültig zu überwinden
- Kay Gottschalk, AfD in seiner Rede: Der Grundfreibetrag müsste eigentlich bei 12.600 € liegen, nicht bei 10.632 € wie das Gesetz beinhaltet. „Der Steuerzahler wird von Ihrer Politik verhöhnt“. Es handelt sich nur um Almosen dieser Regierung.

„Wohngeld-Plus-Gesetz“ 20/3936

- Dieses Gesetz wurde mit breiter Zustimmung, auch der AfD, genehmigt.
- Ab 1. Januar 2023 sollen Haushalte mit niedrigeren Einkommen stärker bei steigenden Wohnkosten unterstützt werden. Dies erfolgt durch die Einführung einer dauerhaften Heizkostenkomponente, die als Zuschlag auf die zu berücksichtigende Miete oder Belastung in die Wohngeldberechnung eingehen soll, zweitens die Einführung einer Klimakomponente und drittens eine Anpassung der Wohngeldformel. Desweiteren können nun auch die CO₂-Kosten für Öl- und Gas-Heizungen durch Verabschiedung des Kohlendioxidkostenaufteilungsgesetz – CO₂KostAufG, 20/3172 bei vermieteten Wohnungen auf den Vermieter abgewälzt werden, was bei Häusern mit einer schlechten Effizienzklasse bis zu 95% ausmachen kann.
- Sebastian Münzenmaier, AfD in seiner Rede, an die Regierung adressiert: Sie bauen zu wenig Wohnungen, „sie importieren zu viele Ausländer ins Land und dank Ihrer Energiepolitik werden in Deutschland immer mehr Menschen arm und abhängig von staatlichen Leistungen. Da könnten in Zukunft dann statt 2 Millionen Wohngeldbezieher 20 Millionen daraus werden. Wer soll das dann alles bezahlen? Die CO₂-Steuer gehört nicht aufgeteilt, sondern abgeschafft!“

Antrag Die Linke. „Vermögensabgabe für Multimillionäre und Milliardäre“ 20/4307

- Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung fast einstimmig, mit Ausnahme der Antragseller selbst, abgelehnt.
- Die Linke argumentierte, dass 440 Milliarden neue Schulden irgendwie finanziert werden müssten, und man mit einer solchen Maßnahme ca. 310 Milliarden einnehmen könne.
- Albrecht Glaser, AfD: „Dieser Staat hat kein Einnahmenproblem, mit in diesem Jahr knapp 900 Milliarden Steuergeldern, sondern ein Ausgabenproblem“ Allein die Immigration verschlinge jährlich um die 50 Milliarden.

Zweite und dritte Lesung des Antrages der CDU/CSU „Kein Verbot des klimaneutralen Verbrennungsmotors –Technologieoffenheit gewährleisten“ 20/2555

- Der Antrag wurde abgelehnt, die AfD hatte dafür gestimmt, da auch ihr Antrag „Keine deutsche Zustimmung für ein europaweites Zulassungsverbot für PKW und Nutzfahrzeuge mit Benzin- und Dieselmotoren“ (20/2350) abgelehnt wurde. Das Ende des Verbrennungsmotors (auch auf Basis von synthetischen Kraftstoffen) ist damit von der EU per 2035 besiegelt.



Zweite und dritte Lesung zur Änderung des Europawahlgesetzes 20/3499

- Die Lesung endete mit der Verabschiedung gegen die Stimmen der CDU und der AfD.
- Beschlossen ist nun, dass das Wahlalter zu den Wahlen zum Europäischen Parlament von 18 auf 16 Jahre herabgesetzt wird.

Gesetzentwurf der Bundesregierung „Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 2023“ (20/3437)

- Durch die Genehmigung des Gesetzes durch Anfügung des sog. Erdgas-Wärme-Soforthilfegesetz (EWSG) in namentlicher Abstimmung, ist der Weg nun frei für eine einmalige finanzielle Entlastung für Erdgasverbraucher im Dezember
- Die AfD hatte sich enthalten.
- Dies soll die finanzielle Entlastung sein, bis im Frühjahr die „Gaspreisbremse“ eingeführt ist.

Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses 20/4000 : Wiederholung der Bundestagswahl in 431 Berliner Wahlbezirken

- In 431 Berliner Wahlbezirken wird nun die Bundestagswahl wiederholt, wie eine entsprechende Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses vorsah: 20/4000.
- In namentlicher Abstimmung sprachen sich allerdings CDU und AfD dagegen aus. Beide Fraktionen hatten weitergehende Wiederholungen gefordert, die AfD wollte die Wiederholung der gesamten Bezirke.

Antrag der CDU/CSU 20/4331: „Mehr Transparenz für die Bürger beim Geschehen im Bundestag“

- Die Ausschüsse sollen in Zukunft öffentlich tagen, in der Regierungsbefragung sollen anstatt nur einem, auch mehrere Minister Rede und Antwort stehen können, die Zeit der Befragung soll auf 90 Min. verlängert, die Zeit der allgemeinen Fragestunde hingegen auf 45 Minuten verkürzt werden
- Der Antrag wurde in den Ausschuss überwiesen.

AfD-Antrag 20/4320 zum Thema Cum-Ex und Cum-Cum

- In dem Antrag fordert die AfD das Finanzministerium auf, die vollständigen, illegal erzielten Steuervorteile nachdrücklich einzufordern
- Der Antrag wurde an den Finanzausschuss überwiesen.
- Laut Kay Gottschalk, AfD halten 70% der Bevölkerung diesen Bundeskanzler für unglaublich, zitiert er den „Focus“. Und im „Spiegel“ werde gefragt, ob die Hamburger SPD eine Dankesspende erhielt, aufgrund dessen, dass die Hamburger Finanzbehörde wegen Cum-Ex auf Millionen Steuergelder verzichtete?
- Es geht um 150 Milliarden Euro Schaden in Europa, davon 36 Milliarden in Deutschland.

Freitag

Fortsetzung der Debatte vom Mittwoch zur „Änderung des Atomgesetzes“ 20/4217 in zweiter und dritter Lesung

- Die Bundesregierung musste in aller Eile das positive Votum zum Weiterbetrieb der verbleibenden 3 AKW in Deutschland bis März/April 2023 einholen.
- Die Ampel war sich bei dieser Abstimmung einig, CDU/CSU und Linke stimmten dagegen, die AfD enthielt sich.
- Zwei Änderungs-/Entschließungsanträge, sowohl der AfD, als auch der CDU wurden in namentlicher Abstimmung abgelehnt.
- Julia Klöckner, CDU: „Die Kernkraftdebatte ist für die Grünen zu einem Selbstzweck geworden. Es geht nur um den Gründungsmythos der Abschaffung der Kernenergie und nicht um die Sorgen der Bevölkerung. Im Übrigen würde die CO2-Reduktion bei Weiterbetrieb der AKW bei 25 bis 30 Mio. Tonnen liegen.“
- Petr Bystron, AfD wiederholte, dass die gesamte Diskussion eigentlich nichts mit dem Krieg in der Ukraine zu tun hat, sondern mit der 2011 zum Dogma erhobenen und nun forcierten Entscheidung zum kompletten Ausstieg aus umweltfreundlicher und günstiger Kernenergie.

Antrag Prof. Michael Kaufmann „Energieversorgung sichern und wirtschaftliches Potenzial nutzen – Forschung an der friedlichen Nutzung der Kernenergie wieder aufnehmen und umfassend fördern“ 20/4062

- Der Antrag fordert die Mittelbereitstellung für Forschung und Entwicklung von Kraftwerken der neusten Generation und eine Gleichstellung in der Wertigkeit mit grünem Wasserstoff.
- Das Parlament wies den Antrag, auch gegen die Beschlüsse des EU-Parlaments bzgl. Taxonomie, zurück.

Antrag der CDU „Technologieagenda Neue Energien – Rolle der Wissenschaft in der Bundesregierung stärken“ (20/4315)

- In der Diskussion wurde der Antrag an den Ausschuss Bildung, Forschung, Technikfolgenabschätzung überwiesen.
- Im Antrag wird gefordert, den Krisen mit einer Technologiestrategie zu begegnen



- Prof. Michael Kaufmann von der AfD sah in diesem Antrag eine wieder einmal ideologisch bedingte Fokussierung auf erneuerbare Energien und forderte deshalb die ergebnisoffene Erforschung aller Energieformen.

Gesetzesentwurf zur besseren Durchsetzung von Sanktionen 20/4326 „Sanktionierte russische Oligarchen wirksam zur Verantwortung ziehen und Zollpolizei schaffen“

- Mit diesem Gesetzesentwurf betreibt die Bundesregierung weitere Eskalation gegen Russland sowie den Aufbau neuer Bürokratiekosten. Es wird eine Zentralstelle beim Finanzministerium geschaffen, und außerdem sieht der Entwurf vor, dass Immobilien nicht mehr in bar bezahlt werden dürfen.

Fortsetzung der Klimadebatte mit Antrag 20/4330 „1,5 Grad-Pfad beschreiten – Verlust und Zerstörung aufgrund der Klimakrise ernst nehmen“

- Anlässlich der COP27, der 27. Weltklimakonferenz in Ägypten wird gefordert, „die Beschleunigung der globalen Energiewende unterstützen und Emissionen mindern“, und das voraussichtlich wohl wieder mit einem großen Anteil an deutschen Steuergeldern.
- Der Antrag wurde gegen die Stimmen von CDU/CSU und AfD angenommen.

VERMISCHTES



07.11.22

Ein kurzes Statement vom Samstag mit dem neu gewählten stellvertretenden Landessprecher René Aust. Herzlichen Glückwunsch an den gesamten neu gewählten Landesvorstand der AfD in Thüringen!



09.11.22

Jetzt geht's in die nächste Runde: Die Landtagspräsidentin hat bestätigt, dass unser Volksbegehren gegen die Impfpflicht zulässig ist. Das bedeutet, dass wir im nächsten Jahr mit der zweiten Phase der Unterschriftensammlung beginnen, um die Impfpflicht in Thüringen ein für allemal abzuwenden. Danke an alle Unterstützer!



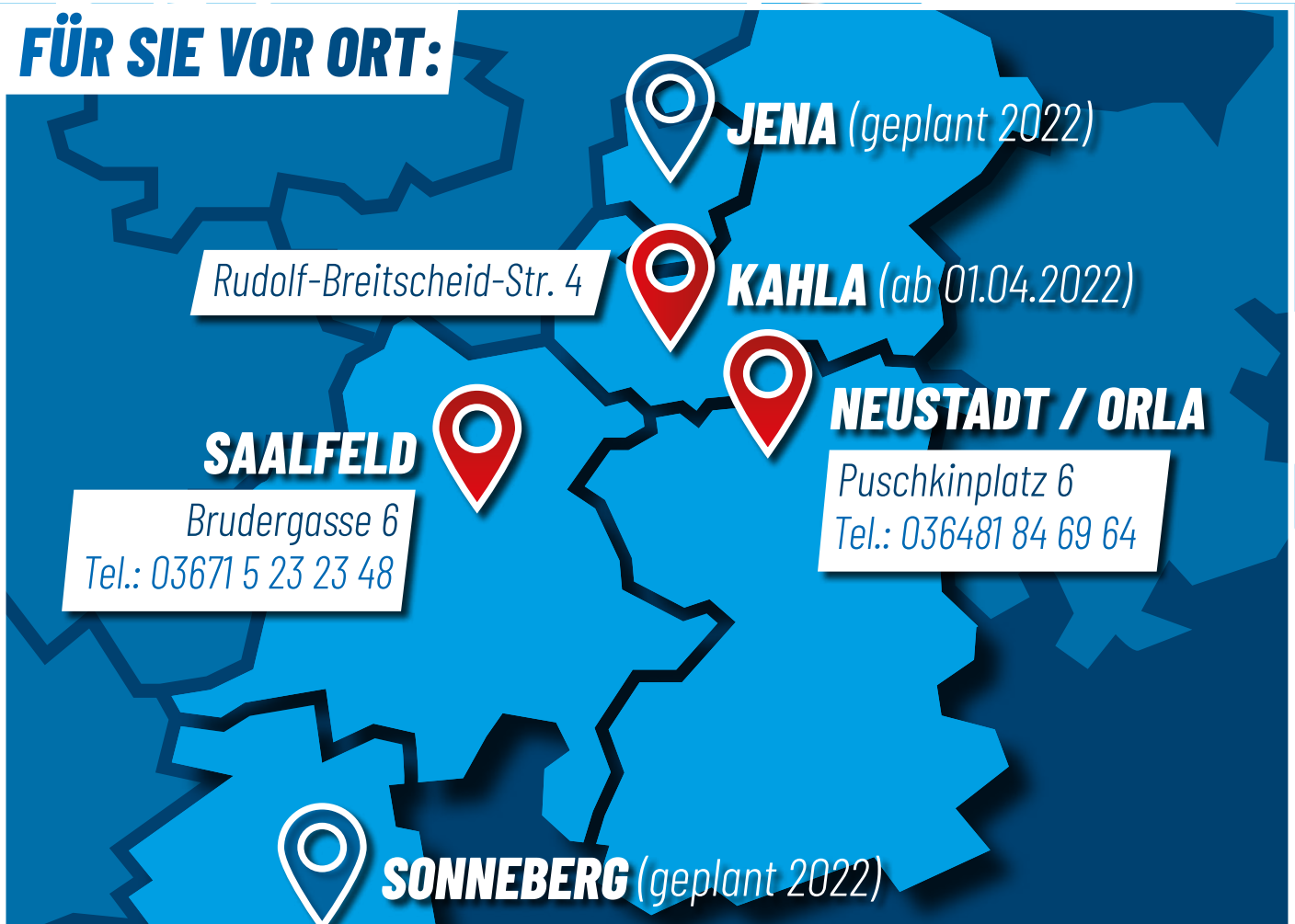
11.11.22

Bürgerdialog in Zeigerheim mit meinem Bundestags-Kollegen Martin E. Renner bei unserem AfD-Gebietsverband Saalfeld-Rudolstadt.



KOMMENDE TERMINE IM NOVEMBER

FÜR SIE VOR ORT:



Prof. Dr.-Ing.
Michael Kaufmann, MdB
www.Kaufmann-Michael.de



www.Kaufmann-Michael.de
Michael.Kaufmann@bundestag.de

[@AfDKaufmann](https://www.facebook.com/AfDKaufmann)
[@KaufmannAfD](https://www.instagram.com/KaufmannAfD)

[@KaufmannAfD](https://twitter.com/KaufmannAfD)
t.me/KaufmannAfD

V.i.S.d.P.: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557

WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

